

Frédéric Walthard
Kommentare zu Zeitfragen

Die Stimme der Anderen

Sammlung der Zeitungsartikel im Jahre 1995

Wer sein ganzes Lebens damit verbrachte, der Stimme der Kleinen und Schwachen Gehör zu verschaffen; wer immer wieder, aus einer tiefempfundenen Allergie gegen alles Grosse, Mächtige und Beherrschende, versuchte dagegen aufzutreten; wer sich schliesslich stets darum bemühte, in einer verwinkelten Welt eine klare Linie zu verfolgen auch auf die Gefahr hin, überall "anzuecken", der musste unweigerlich ins Abseits geraten, zum Oppositionellen gestempelt werden, um schliesslich, ganz allein auf sich angewiesen, den Mut zu finden, das zu sagen, wozu er sich vor seinem Gewissen den Anderen gegenüber verpflichtet fühlte. In einer Welt, in welcher nur noch Wenige wagen, etwas anderes zu sagen als das, was die herrschenden Meinungsmacher in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat als richtig finden, ist es schwer sich selber treu zu bleiben. Die Stimme der Anderen, die Stimme der Kleinen und Schwachen, die Stimme gegen die vorherrschenden Meinung zu erheben, vielleicht aber auch die Stimme der Vernunft und Wahrheit ertönen zu lassen.

Die Zeit ist der Meister, der auf die Dauer in jeden Wirrwar Ordnung zu bringen vermag, sagte einmal Corneille und ich bin überzeugt, dass diejenigen, die für ein solidarisch vereintes Europa aber gegen ein supranationales Gebilde sind, unserem Lande als ein selbständiger Bundesstaat mit einer direkten Demokratie einen grösseren Dienst erweisen werden als diejenigen, die meistens aus höchst persönlichen Gründen oder aus Profitdenken (sie nennen es ein globales - weltweites- Wirtschaftsdenken) lieber schon gestern Mitglied der EU geworden wären. Und wenn wir wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten, dann werden davon nur die ganz Grossen betroffen, die ohnehin ihre Produktion ins Ausland verlegen und durch serienweise Entlassungen Umsatz und Profit erhöhen, denen es aber gleichgültig ist, was aus unserem Volk, unserer noch einigermassen unversehrten und schönen Landschaft, unserer Umwelt sowie der noch, im Vergleich zu unseren Nachbarn, relativen Sicherheit für Leib und Leben unserer Bürger wird.

Inhaltsverzeichnis

Seite

I.	Sind jetzt alle fünf Kontinente verrückt geworden?.....	7
II.	Bitte unsere Neutralität nicht mehr beschimpfen.....	11
III.	Direkte Demokratie auf dem Prüfstand.....	15
	<i>Ist der Souverän "überfordert"?</i>	
IV.	Lichtblick für unsere Europa-Politik.....	21
V.	Was ein neutrales Land in Europa vermöchte.....	25
	<i>Stolz auf die Schweiz</i>	
VI.	Reformen - ein neuer Wahlschlager.....	31
VII.	Mazedonien - wieder Brennpunkt im Balkan.....	35
VIII.	Rechts - Links - Mitte: Wie heisst der neue Kurs?.....	41
IX.	Fernseh - Zirkus: Präsidentschaftswahlen in Frankreich.....	45
X.	Ist die Schweiz wirklich weltweit isoliert?.....	53
XI.	Expo 2000: Gelebte Solidarität zwischen Deutsch und Welsch.....	57
XII.	8.Mai 1995: Gedanken zur Zivilcourage im letzten Weltkrieg.....	65
XIII.	Chiracs Ziel: Nationale Erneuerung.....	69
	<i>Nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich</i>	
XIV.	"Angst vor Europa"?.....	77
	<i>Nüchterner Realitäts-Sinn statt utopischer Illusion</i>	
XV.	Verfassungswunsch: Bessere Wahlchancen für Parteilose.....	89
XVI.	Wer will schon in die EU?.....	93
	<i>Das Welschland und Europa</i>	
XVII.	Müssen wir die Parlamentarier "Im Sack kaufen"?.....	103
XVIII.	Verfassungsreformen und Parlementsahlen.....	107
	<i>Die Zukunft der direkten Demokratie</i>	
XIX.	Wir brauchen eine Regierungsform.....	115
XX.	Das "Comeback" der Russen auf dem Balkan.....	119
XXI.	Führt an der EU wirklich kein Weg vorbei?.....	123
XXII.	Europa ist Integrationsmüde.....	127
	<i>Die Europäische Integration ist ins Stocken geraten</i>	
XXIII.	"Mut zum Aufbruch" - Wie etwa in Frankreich?.....	135

SIND JETZT ALLE FÜNF KONTINENTE VERRÜCKT GEWORDEN?

Die letzte Flugzeugentführung, die täglich auf uns einstürmenden Greuel-Meldungen aus Algerien, Bosnien, Tschechien, Ruanda, Palästina und tausenden anderen Orten in Afrika, Asien, Amerika, Europa und sogar Australien und Neuseeland gaben an Weihnachten einer 98 Jahre alten Tante, tief unten im Südwesten Frankreichs, zu folgendem Ausspruch Anlass "jetzt sind alle fünf Kontinente verrückt geworden". Das gewissermassen an Stelle der frohen Botschaft von der Geburt unseres Erlösers. Beim Papst klang es nicht viel zuversichtlicher!

Fünf verrückte Kontinente - erst heute, oder war das schon immer so? Oder sind es die neuen Medien, Radio und Fernsehen, die unsere Welt immer enger in ihr dichtmaschiges, allumfassendes Netz geistiger Indoktrination ziehen und uns so alle noch verrückter machen? Auf jeden Fall lassen sie uns die Verrücktheit unserer Zeit hautnahe miterleben. Das beeindruckt, regt zum *Nachahmen* an. In den seltensten Fällen zum *Sichbessern*!

Wo drückt uns Menschen eigentlich der Schuh? An sich sollte unsere Welt bei dem phänomenalen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt viel besser sein. Zu-mindest materiell sollten wir in der Lage sein, all das zu produzieren, was es braucht, um die immer mehr Milliarden von Menschen zu ernähren, zu kleiden, mit einem Dach über dem Kopf zu versehen und alles andere bereitzustellen, was sie zu einem menschenwürdigen, sinnvollen und zufriedenen Dasein brauchen.

Die modernen Verkehrsmittel sollten zudem mühelos alle diese Güter und Dienstleistungen, das seit Jahrhunderten angesammelte Wissen und Können an alle, in den noch so entferntesten Ecken unserer Welt verteilen können. Unbekümmert um Rassen und Völker, Sprachen und kulturelle

Entwicklung, Religionen und Ideale. Bei näherem Zusehen und einer etwas gleichmässigeren, vor allem auch gerechteren Verteilung gäbe es eigentlich *für alle von allem genug!*

Trotzdem fehlt es an allem und jedem! Hunger, Not und Elend sind für Millionen von Menschen das tägliche Los eines hoffnungslosen Daseins. Mord und Totschlag, Terror und Völkermord, Angst und Schrecken begleiten alle Menschen, ob reich oder arm vom Anfang bis zum Ende ihres Lebens. Haben unsere Philosophen und Priester doch recht, wenn sie uns einzureden oder "einzubläuen" versuchen, dass wir als geborene Sünder unser Leben lang zu büssen haben, um mit dem Tode eine Chance für das Paradies zu erlangen.

Was für *trostlose Lebenserwartungen!* Da sind alle die Geistesgestörten, Alkoholiker und Drogensüchtigen ebensogut zu verstehen, wie die Geld- Macht- und Genussgierigen unserer permissiven Ueberflussgesellschaft. Nur mit dem Unterschied, dass die einen mehr als die anderen zur Verschlimmerung unseres Elends beitragen. Oder ist es auch da auf beiden Seiten gleich schlimm?

Es gab einmal eine Bewegung, die sich moralische Aufrüstung nannte. Bei den heute flutartig auf uns zurollenden Sekten besteht diese Bewegung vielleicht immer noch. In der ursprünglichen oder in einer neuen noch viel bunterschillernden Form. Sicher täten uns und der Welt etwas mehr *Moral, Geistigkeit* und *Idealismus* und etwas weniger *Materialismus*, exaktes wissenschaftliches Denken, kaltes Berechnen und gieriges Zusammenraffen materieller Dinge gut. Was immer die Lösung ist, sie kann nur helfen, wenn sie alle Menschen erfasst. Sonst versinken wir wieder in die zahllosen Konflikte zwischen moralisch und nicht moralisch denkenden und handelnden Menschen. Diesen Unterschied sollten wir von unserer frühesten Kindheit an erkennen und vermeiden lernen.

Das wäre jedenfalls eine verdienstvollere Aufgabe für unsere Medien als uns zu robotisierten und standardisierten Konsumenten und Bürgern zu erziehen.

Genug mit diesem Gefasel, das sogar für den Beginn eines neuen Jahres zu viel sein könnte. Die Alternative? Im bisherigen selbstzerstörenden Tramp weiterfahren? Damit die fünf Kontinente noch verrückter werden? Oder endlich mit dem *Umdenken* und *Umschwenken* anfangen?

Original Text vom 26. Dezember 94
publiziert am 5. Januar 95 in Basellandschaftlichen Zeitung.

II

BITTE UNSERE NEUTRALITÄT NICHT MEHR BESCHIMPFEN!

Leider gehört es neuerdings zum guten Ton - offenbar um fortschrittliches Denken unter Beweis zu stellen - sich über unsere Neutralität lustig zu machen. So war kürzlich in einer schweizerischen Tageszeitung zu lesen "mit dem Ende des kalten Krieges und dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks habe die Schweiz fast über Nacht "ihre neutrale Nische verloren". Damit sei auch das Ende des "*beschaulichen schweizerischen Nischendaseins zwischen den Blöcken*" gekommen.

Seit dem Fall der Berliner Mauer und der inzwischen durch die Realitäten (Bosnien, Tschetschenien) widerlegten Illusion einer Beendigung des Kalten Krieges ist unsere Neutralität immer wieder als unnötig und als Hemmschuh für unsere Beteiligung an einem geeinten Europa angegriffen worden. Der Ton hat zwar inzwischen mit den andauernden und neu ausbrechenden Konflikten, insbesondere der beschämenden Entwicklung in Bosnien, etwas geändert. Mit der Armereform wird die Notwendigkeit einer wehrhaften Schweiz wieder anerkannt. Dank der Standhaftigkeit unseres neuen Bundespräsidenten ist der Gedanke einer *bewaffneten Neutralität* noch nicht ganz abgeschrieben.

Die Verdienste unserer Neutralität seit ihren Anfängen beim Westfälischen Frieden (1648), besonders aber seit dem Wienerkongress (1815) und der zweiten Pariser Konferenz (1815) sollten auf jeden Fall nicht nur als ein "beschauliches schweizerisches Nischendasein" abgetan werden. Unser Land hat sowohl für unsere Armee als auch für die stets sorgfältig eingehaltene Neutralität grosse Opfer erbracht. Diesen Opfern ist es zu verdanken, dass wir auch heute noch für tausende von Flüchtlingen einen Zufluchtsort zu bieten vermögen, der von den meisten Konfliktparteien, welcher Art sie auch seien, respektiert wird.

Denjenigen Medienschaffenden, die unsere bewaffnete Neutralität und damit auch unsere Armee als rückständig belächeln, sollte die Frage gestellt werden, was sie tun würden, wenn irgendeine Macht durch terroristische, subversive Aktionen unser Land vom übrigen Ausland abblocken und versuchen würde, durch Drohungen mit Atom-, oder anderen, z.B. chemischen, bakteriellen Waffen oder die Geiselnahme einzelner Dörfer, Städte oder Regionen die Herrschaft über unser Land an sich zu reißen? Die Frage ist vor allem, wer in Europa oder in der Welt dann bereit wäre uns mit einem *raschen, massiven militärischen Einsatz* zu helfen? Oder würde es uns so gehen, wie in Bosnien oder Ruanda und an allen anderen Konfliktorten der Welt?

Glaukt bei uns wirklich irgend jemand daran, dass wir als Mitglied der EU auf mehr als nur Erklärungen, Drohungen, diplomatische und humanitäre Aktionen rechnen können? Das besonders dann, wenn in einigen Jahren die Grossen in Europa hilflos unter sich zerstritten sein werden, ein neuer russischer Imperialismus sich im Osten ausbreitet oder ein islamisch-ottomanisches Reich vom Balkan her auf uns zurollt. Besonders dann, wenn wir im Vertrauen auf die Hilfe der anderen Europäer unsere Armee abgebaut oder einer multilateralen Organisation eingeordnet haben? So wie es den Finnen oder den Oesterreichern gehen könnte, obwohl ihre Gefährdung noch viel grösser wäre als die unsrige? Vergessen wir auch nicht, dass sich bosnienartige Situationen nicht in Form offener weltumfassender Kriegserklärungen und Angriffen, sondern in einer Vielfalt schwer fassbarer, meistens sich aus dem *Untergrund entwickelnder lokaler Konflikte* entstehen.

Krankhafte oder utopistische Schwarzseherei? Das ist bei den politischen Verhältnissen und modernen Kommunikationsmitteln unserer Zeit gar nicht so sicher. Sicher ist aber, dass bei der Entwicklung solcher Situationen rasch

und frühzeitig eingegriffen werden muss. Das ist nur möglich, wenn man selber über die notwendigen modernen militärischen Mittel verfügt und den *Wehrwillen* im Volk nicht einschlafen lässt. Einmal mehr gilt der Grundsatz, dass sich letztlich jeder bzw. jedes Land nur selber helfen kann! Und die beste Prävention ist, dass man von den anderen für seinen *neutralen Unabhängigkeitswillen* respektiert wird.

Das ist auf jeden Fall kein beschauliches Nischendasein, sondern die Fähigkeit jedes Landes für Ruhe und Ordnung bei sich selber und gegenüber allen Angriffen von aussen zu sorgen. Eine wirksame internationale Friedensordnung wird letztlich nur dann möglich sein, wenn sich alle Staaten zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit zu einer, auf das genaueste beachteten bewaffneten Neutralität bekennen.

Original Text vom 28. Dezember 94
publiziert am 9. Januar 95 Basellandschaftlichen Zeitung.

III

DIREKTE DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND

Ist der Souverän "überfordert"?

Seit dem EWR-NEIN vom 6. Dezember 1992 häufen sich die Forderungen nach einer Totalrevision der Bundesverfassung. Namhafte Staatsrechtler sehen die *direkte Demokratie als "überfordert"*: das Volk sei nicht mehr länger in der Lage, zu den komplexen Fragen unserer Zeit sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Das *direkte Stimmrecht sei einzuschränken*, in internationalen Angelegenheiten sogar ganz abzubauen, um ein völkerrechtswidriges Verhalten der Schweiz zu vermeiden.

Kürzlich hat der Bundesrat die Karten auf den Tisch gelegt: Noch 1995 soll eine Totalrevision an die Hand genommen werden. Verschiedene Arbeitsgruppen sollen sich mit den wichtigsten Themenkreisen befassen. Im Vordergrund stehe insbesondere das "Überdenken" der Volksrechte. Auch wenn der Bundesrat eine breite Aussprache mit dem Volk in Aussicht stellt, wäre der Stimmbürger gut beraten, die entsprechenden Schritte der im Verbund mit Bundesverwaltung und den Medien operierenden *Classe politique* äusserst aufmerksam zu verfolgen.

Dubiose Machenschaften

Wir müssen damit rechnen, dass die herrschende Schicht in unserem Lande nichts unversucht lassen wird, um einen *Grundsatzentscheid des Volkes "Totalrevision: Ja oder Nein"* zu verhindern. Gemäss der geltenden Bundesverfassung kann eine solche Volksbefragung vermieden werden, wenn Ständerat und Nationalrat den Auftrag zur Einleitung der Totalrevision gemeinsam und übereinstimmend erteilen. Bundesversammlung, Bundesverwaltung, Parteien und weitere gezielt dazu eingeladene Kreise bestimmen dann allein, in welche Richtung die Totalrevision voranzutreiben sei, welche Tendenz der neue Verfassungstext bekommen soll, der schliesslich in seiner

Gesamtheit

gewissermassen als vollendete Tatsache dem Volk zur Genehmigung vorgelegt wird.

Würde lediglich nur eine der beiden Kammern der Bundesversammlung der Totalrevision zustimmen oder wird diese mit dem Mittel der Volksinitiative gefordert, dann müsste *obligatorisch zuerst das Volk befragt* werden, ob eine *Totalrevision überhaupt* an die Hand zu nehmen ist. Im bejahenden Falle wären beide Räte der Bundesversammlung NEU zu bestellen. Damit soll jede Willensdiskrepanz zwischen der amtierender Bundesversammlung und dem Volk ausgeschaltet werden, weil die amtierende Bundesversammlung keine Garantie für die Ausarbeitung der Verfassung im Sinn und Geist der Initianten - eben des Volkes - zu bieten vermag.

Fast scheint, als hätten die Väter der noch geltenden Verfassung den heute bestehenden *tiefen Graben des Miss-trauens und der zunehmenden Entfremdung zwischen dem Souverän (dem Volk) einerseits und dem Bundesrat, der Bundesversammlung*, insbesondere der *herrschenden Classe politique* andererseits in der Frage der Unabhängigkeit unseres Landes vorausgesehen.....

Wir Stimmbürger müssen deshalb gerade jetzt sehr darauf aufpassen, dass uns dieses Mitspracherecht nicht vor der Nase weggeschnappt wird, ... was leider seit der Veröffentlichung dieses Artikels geschehen ist!

Verwässerung der direkten Demokratie

Welche *Rolle die Classe politique dem Volk* in Zukunft noch zu spielen erlauben möchte, zeigte sich einmal mehr anlässlich der im Eiltempo erfolgten Genehmigung des GATT - Abkommens bzw. des Beitritts der Schweiz zu der neuen Welthandels - Organisation, der WTO. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um ein weiteres Handelsabkommen, sondern um den Beitritt zu einer zusätzlichen multilateralen Organisation - als ob es deren nicht

schon genug gäbe. Zudem ist das eine Organisation, die trotz den "dicken" und äusserst positiven Berichten aus Bern, unter dem Strich für unser Land, abgesehen von den ganz grossen MULTI- bzw. TRANS - NATIONALEN UNTERNEHMEN mehr *Nachteile, Pflichten und Kosten als Vorteile* bringt. Wir "braven" Schweizer dürfen dann unter dem Regime dieses neuen GATT-Abkommens (Uruguay - Runde) und der WTO direkt und indirekt (wenn der Sitz in der Schweiz bleibt) verhältnismässig viel mehr als die anderen zahlen, genau so wie wir gemäss dem GATT - Prinzip der Meistbegünstigung für die *Zollreduktionen zugunsten aller Mitgliedstaaten massive Zoll - Konzessionen auf Kosten der kleinen Unternehmen, insbesondere der Bauern und des Gewerbes*, zu erbringen haben. Auf jeden Fall hätte der Bundesrat oder das Parlament korrekterweise beschliessen sollen, das Abkommen der Uruguay-Runde und der WTO obligatorisch dem Volk zur Genehmigung vorzulegen! Schliesslich handelt es sich um einen Beitritt auf unbegrenzte Zeit. Es ist das genau die gleiche *Um-gehung des Souveräns* wie bei der Überführung der vom Volk 1992 abgelehnten Eurolexbestimmungen als Swisslex in unsere Gesetzgebung, die einzeln, weil 1992 abgelehnt, erneut dem Volk zur Genehmigung hätten vorgelegt werden müssen. Das ist 1993 bei der Uebernahme als "Swisslex" nicht getan worden.

Mit derartigen Umgehungen des Volkes wird die direkte Demokratie verwässert, die gleichzeitig - weil sie derartige Machenschaften der Classe politique zu verhindern vermag - von hohen Beamten, Wirtschaftsführern, immer mehr Politikern, Rechtsgelehrten und Experten, vor allem aber auch von der Mehrheit der Medien lächerlich gemacht wird: sie sei nicht mehr zeitgemäss, sie sei eine zur "Moderne" (ein von den besonders kunstbeflissenen Mitglieder der Classe politique der modernen Kunstsprache entlehnter Begriff um unsere "Post - Postindustrielle" Gesellschaft des anbre-

chenden 21 Jahrhunderts zu bezeichnen) nicht mehr passende Institution....

Dabei beneiden uns immer mehr Länder um unsere direkte Demokratie und unternehmen alle Anstrengungen, um das System von Volks- Initiativen und Befragungen bei sich einzuführen, wie besonders in Frankreich und Deutschland, aber auch in den wieder befreiten mittel- und osteuropäischen Staaten. Vielleicht nicht zuletzt auch deshalb, weil sie erkannt haben, dass die um sich *greiffende Korruption und insbesondere die unentwirrbare Verfilzung in Verwaltung, Politik und Wirtschaft* nur noch durch eine vermehrte *direkte Mitsprache des Volkes* auch in ganz kleinen Fragen bekämpft werden kann. In diesem Sinne äusserte sich der französische Premierminister Edouard Balladur bei der Einführung seines ersten Massnahmenpakets gegen die Korruption in Frankreich.

Das Volk ist immun

Die Gegner der direkten Demokratie halten "Durchschnittsbürger und Bürgerinnen" für unfähig, die komplexen Probleme unserer Zeit, eben der "Moderne", zu verstehen, geschweige denn die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen und entsprechend zeitgerechte und untereinander abgewogene Entscheidungen zu treffen. Die Menschen - sagen sie - seien leicht beeinflussbar und würden - ein Argument, das immer dann besonders laut ertönt, wenn sich die regierende Schicht vom Souverän im Stich gelassen fühlt - allzuleicht oberflächlicher, populistischer Vereinfachung zum Opfer fallen.

Das stimmt vielleicht in einem gewissen Ausmass bezüglich dem, was uns von den Behörden und von den Medien serviert wird. Aber auch hier manifestiert sich etwas, das von vielen Soziologen und Politologen als eine *Art transzendente von Mensch zu Mensch fliessende Meinungsbildung* bezeichnet wird: ein *akutes Einfühlungsvermögen in Zeitprobleme* und insbesondere ein erstaunlich unbe-

einflussbares Abwehrverhalten gegenüber allzu *massiver Indoktrination* - selbst, wenn diese von den Massenmedien ausgeht. Der einzelne Mensch mag sich vielleicht den Methoden moderner Meinungsbeeinflussung vielfach hilflos ausgesetzt wähnen. Als Teil einer historisch entstandenen, im Laufe von Jahrhunderten in die politische Verantwortung hineingewachsenen Gruppe von Menschen hat er aber eine *bemerkenswerte Sicherheit entwickelt, von Machtstreben geleitete politische Manipulationen zu durchschauen*. Einfach gesagt, der Souverän, das Stimmvolk als Ganzes, lässt sich nicht so leicht ein X für ein U vormachen.

In einer Gesellschaft - und das gilt besonders für die direkte Demokratie, wo jedes Mitglied die Verantwortung für das Ganze, den Staat mitträgt - verfallen Einzelne der Korruption, niemals aber können alle Mitglieder einer Gesellschaft bzw. alle Mitbürgerinnen und Mitbürger *gesamthaft korrumpiert* werden. Gerade diese Tatsache müsste alle Gelüste, die direkte Demokratie auszuhöhlen oder gar zu beseitigen, im Keim ersticken. Das gilt besonders für unsere von Materialismus und Korruption geprägte Zeit.

Verstärkung der Volksrecht

Das allein sollte Grund genug sein, um das direkte Stimmrecht des Volkes auszubauen, nicht einzuschränken. Natürlich sind alle Machthungrigen darauf aus, dieses der direkten Demokratie innewohnende *Sicherheitsventil* zu beseitigen, das schon in so mancher Volksabstimmung jenem gesunde Misstrauen zum Durchbruch verholfen hat, das schliesslich jede gefährliche Machtballung in unserem Lande verhinderte.

Wenn also heute eine Totalrevision der Bundesverfassung in die Wege geleitet werden soll, dann darf dabei einzig das Ziel anvisiert werden, dass unsere direkte Demokratie

noch mehr gegenüber allen Angriffen gefestigt wird und dass jenes immer undurchdringlicher gewordene *Gestrüpp von Gesetzen und Verordnungen*, die im Lauf der vergangenen Jahre und Jahrzehnte unter Umgehung des Souveräns geschaffen worden sind, kräftig ausgelichtet wird: damit der Souverän, das Stimmvolk, auf der Grundlage der direkten Demokratie wieder zum eigentlichen Gesetzgeber im Lande wird!

IV

LICHTBLICK FÜR UNSERE EUROPA-POLITIK

Eine viel weniger ambitiöse, dafür umso realistischere Marschrichtung für unsere Europapolitik zeichnete sich am Davoser Seminar bei den Gesprächen von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz mit dem neuen Präsidenten der EU-Kommission Jacques SanTERS ab. Endlich ein *Lichtblick*, der weniger von Brüssel als von Bern her kommt.

Offenbar wird jetzt nicht nur von den Verantwortlichen in Bern, sondern auch von den in Davos anwesenden führenden Persönlichkeiten unserer Wirtschaft und Politik erkannt, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht der einzige Weg für den Zugang zum grossen europäischen Markt und der Mitarbeit an einem neuen Europa ist. Auch die bilateralen Verhandlungen werden neuerdings eher etwas skeptischer beurteilt. Dafür besinnt man sich auf das immer noch gültige *Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU aus dem Jahre 1972*.

Als ein am Integrationsprozess massgeblich beteiligter schweizerischer Staatsmann anlässlich der Schwierigkeiten in den EWR-Verhandlungen über seine Meinung befragt wurde, stellte er die Gegenfrage, ob denn dieses Freihandelsabkommen immer noch in Kraft sei. Als dies bejaht wurde meinte er, was man denn eigentlich noch mehr brauche? Ähnlich äusserte sich Margaret Thatcher zu wiederholten Malen, indem sie die Meinung vertrat, die Erweiterung der EU könne ebensogut mit einer etwas besser ausgebauten Freihandelszone sichergestellt werden. Inzwischen hat sich auch der frühere Präsident der Kommission, Jacques Delors, zu einer ähnlichen Meinung durchgerungen, auf jeden Fall in bezug auf die mittel- und osteuropäischen Staaten. Je näher sein Rücktritt war, desto klarer sagte er dies und erwähnte sogar, wenn auch seiner Art entsprechend nur in einem Nebensatz, an einem Fernsehgespräch diese Lösung für die Schweiz!

Umso erfreulicher ist es, dass jetzt der für unsere Aussenwirtschaftspolitik verantwortliche Bundesrat einen weiteren Ausbau des Freihandelsabkommens von 1972 wieder in Erwägung zieht. Offenbar wird das auch vom neuen Kommissionspräsidenten nicht zum vorneherein kategorisch abgelehnt. Ganz allgemein scheint die Meinung vorzuherrschen, dass die grossen schweizerischen multinationalen Unternehmen ohnehin bereits ihre Lösung für ein Tätigwerden auf dem grossen Markt mit der Gründung von Niederlassungen in der EU gefunden haben und dass es nunmehr darum gehe, den kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu diesem Markt zu ermöglichen. Die Idee *eines Ausbaus der Freihandelszone* zwischen der Schweiz und der EU erhält damit neuen *Auftrieb*.

Wie immer sich diese ersten Verlautbarungen in konkrete Aktionen umsetzen, werden sie viele Schweizer aufatmen lassen... endlich löst man sich von der allzu übertriebenen Bindung an institutionelle Lösungen, wie Beitritt zur EU oder dem EWR, und gibt wieder einem pragmatischen, dafür umso konkreteren Vorgehen den Vorzug. Gelingt es Bundesrat Delamuraz und seinen Mitarbeitern das Freihandelsabkommen von 1972 an die seitherige Entwicklung in der EU anzupassen, dann werden nicht nur die meisten Probleme zwischen der Schweiz und den ehemaligen Efta-Mitglieder gelöst werden, sondern gleichzeitig kann ein, besonders auch auf dem schwierigen Gebiet der *Ur-sprungszeugnisse "A jour"- gebrachtes Abkommen* als Muster für Lösungen mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten dienen.

Eine intensive Zusammenarbeit zwischen einer blockfreien und weltoffenen Schweiz mit seinem oesterreichischen Nachbarn als EU- Mitglied könnte sich dabei auf die dringend benötigte Brückenfunktion für Westeuropa zu diesen Staaten, insbesondere auch dem Balkan, sehr positiv auswirken. Vor allem wenn es gelingt, diese Staaten als

neue Mitglieder der jetzigen Rumpf-Efta aufzunehmen und in eine Freihandelszone mit der EU einzubauen. Daraus könnte für unser Land eine verdienstvollere Aufgabe für die Zukunft Europas erwachsen als das "Zwängen" für einen gar nicht notwendigen EU-Beitritt um jeden Preis! Zudem würden die Thesen aus der Zeit vor dem EWR-Vorschlag Delors bestätigt werden, wonach die Freihandelsabkommen der Efta-Staaten mit der EU, ergänzt durch eine weitere Liberalisierung des Welthandels im Rahmen des Gatts genügen, den Zugang zum grossen europäischen Markt sicherzustellen.

Original Text vom 30. Januar 95
publiziert am 6. Februar 95 Basellandschaftliche Zeitung.

WAS EIN NEUTRALES LAND IN EUROPA VERMÖCHTE Stolz auf die Schweiz

Politik und Geschichte sollen nichts mit Träumen zu tun haben. Trotzdem gehen alle grossen geschichtlichen Errungenschaften auf *Träumereien* zurück. So der *Traum der Urchristen auf Frieden und Gerechtigkeit*, einer Gesellschaft christlicher Gegenliebe. Auch der *Islam begann mit dem Traum einer neuen, mutigen, moralisch sauberen Gesellschaft* der Bewährung für das Paradies nach dem Tod. Die *französische Revolution*, so blutig sie leider endete, begann mit *dem Traum von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit*. So gäbe es noch viele Träume ...

Die Schweiz hat noch eine Zukunft

So auch der Traum von einer *glorreichen Zukunft der Schweiz*. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass dieses *kleine Land noch eine Zukunft hat!* Ganz im Gegensatz zu dem Gejammer weinerlicher Bürger ob dem selbstgewollten Ausschluss aus einem Europa aus dem niemals ein geeinter, und für Frieden und Ordnung sorgender europäischer Staat werden kann, weil ein zentralistischer Superstaat auf unserem Kontinent nicht lebensfähig, auf jeden Fall nicht wünschbar ist - man denke nur an Napoleon, Hitler und all die anderen Imperien in der Geschichte EUropas. Die hochtrabenden Worte am Eurogipfel in Essen vermögen dies ebensowenig zu verdecken wie das klägliche Verhalten in Bosnien. Brüssel mag für jene interessant sein, die eine marktbeherrschende Position anstreben. Eine neue, wirklich demokratische Ordnung, die auch kleinen und hilflosen Ländern und Völkern Schutz und Sicherheit gewährt, vermag Brüssel nicht zu schaffen. Es versagt schon, wenn es darum geht, die im europäischen Osten vom sowjetischen Imperium befreiten Staaten wirklich in eine kontinentale Ordnung als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen.

Die Demokratie in Europa erneuern

Statt voreilig ihre wesentlichen Pfeiler der direkten Demokratie einer Brüsseler Zentralbürokratie zu opfern, sollte die Eidgenossenschaft in gut schweizerischer Tradition heute ihren Willen zur Unabhängigkeit, *ihr Bekenntnis zu einer föderalistischen Staatsordnung mit direkter Demokratie* demonstrativ unter Beweis stellen. Anstatt mit aller Gewalt das, was heute unser Staatswesen ausmacht und um das uns unter vielen anderen Jacques Delors, der vielgefeierte Präsident der Kommission in Brüssel, bei seinen Reformplänen für Frankreich beneidet, auf den Opfertisch der Eurokompatibilität zu legen, sollten wir in gut eidgenössischer Art des Mittelalters auf unsere Hinterbeine stehen, trotzig wie unsere Vorfäter - oder wie die Inner-schweiz bei der Alpeninitiative - den Vögten und Fürsten zeigen, dass wir auch heute nicht mit uns herumspielen lassen. Genau gleich, wie die Serben der ganzen internationalen Gemeinschaft von der UNO bis zur Nato gezeigt haben, dass entschlossene Frauen und Männer sich durch noch so moderne Waffen nicht einschüchtern lassen. Oder haben die modernen Eidgenossen, durch ihre während Jahrhunderten erbrachte eigene Arbeit reich geworden, etwa Angst bekommen, ihre Freiheit zu verteidigen, weil sie fürchten, dabei vielleicht etwas von ihrem Wohlstand zu verlieren oder unbequemes auf sich nehmen zu müssen... bei der Verteilung des grossen, uns von Brüssel vorgegugelten Wirtschaftskuchens zu kurz zu kommen. Die Befürworter eines EU-Beitritts haben scheinbar vergessen, dass *wirklicher Mut die Bereitschaft ist, alles was man hat, sogar das eigene Leben, aufs Spiel zu setzen*, wenn es darum geht, althergebrachten Rechte von Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit zu bewahren.

Es fehlt an Mut

Gelingt es uns - auch den Regierenden in Bern - zu diesem Mut zurückzufinden, dann könnten wir auch selbstbe-

wusst einen Beitrag leisten zur Sicherung der Freiheit in Mittel- und Osteuropa, indem wir helfen, eine Verfassung nach schweizerischen Muster aufzubauen. Eine Ordnung, bei welcher das Volk der oberste Souverän ist. Mit allem, was dazu gehört von der Initiative, Referendum und einer Art von Ständemehr, das den Minoritäten ein geschütztes Mitspracherecht gibt. Solche Staaten sollten gleich wie wir, die anderen Staaten und deren Bürger als gleichbrechtigt anerkennen und ihre Andersartigkeit respektieren.

Warum sollte es der Schweiz nicht gelingen, durch aktive Mitarbeit, massive wirtschaftliche und finanzielle Hilfe die mittel- und osteuropäischen Staaten auf diesen Weg zu bringen. Zunächst wirtschaftlich durch eine speziell angepasste Organisation wirtschaftlicher Zusammenarbeit (OECD in Paris), eine Freihandelszone und ein gemeinsamer wirtschaftlicher Entwicklungsfonds. Der Weg, der dann im nächsten Jahrhundert die Grundlage bieten würde, diese Staaten zu einer starken wirtschaftlich und politischen Gemeinschaft, einem nicht supranational, sondern von unten nach oben aufgebauten *Staatenbund unabhängiger und einander gleichberechtigter Klein - Staaten* zusammenzubringen.

Eine wirklich neutrale Macht

Mit der Zeit könnte daraus eine auch militärisch starke Koalition gegen jegliche Hegemonietendenzen auf unserem Kontinent werden: ein starker, aber strikte neutraler Gürtel zwischen dem vornehmlich unter deutschem und französischem Einfluss bewirkten "Drang nach Osten" der Europäischen Union und dem bereits jetzt wiedererwachten (wie in Tschetschenien) russischen Imperialismus. Dieser Zusammenschluss *europäischer Kleinstaaten* könnte in den nächsten Jahrzehnten einen massiven Zulauf von all denjenigen Mitgliedern der jetzigen EU erhalten, die einfach genug haben von den dank der supranationalen

Struktur auf ihrem Buckel und auf ihre Kosten ausgetragenen Machtkämpfen zwischen den Grossen in Europa und deren weltweite Abenteuer und Konflikte mit der übrigen Welt, angefangen vom fernen Osten, den USA, Lateinamerika, dem vorderen Orient, das ganze Mittelmeer bis zu Australien, Afrika und die Antarktis. Niemand wäre verwundert, wenn es gerade die Oesterreicher und die Finnen, aber auch die Dänen und die Beneluxstaaten wären, die als erste zu dieser Koalition europäischer Kleinstaaten zurückkehren möchten.

Alles nur ein Traum

Das alles ist ja nur ein Traum - aber vielleicht ein Traum, der uns heute in der Schweiz besser tun würde als all das Gejammer um die angeblich verloren gehenden Marktanteile einer sich ungesund aufblähenden EU. Kein Traum ist aber die Tatsache, dass die Kleinstaaten Europas *NIEMALS* mit den Grossen, zu denen neben Deutschland, Frankreich und Grossbritannien auch noch Italien und Spanien von ihrem Gehabe her gehören möchten, *gleichberechtigt* zusammenleben können. Das kann mit noch so hochfliegenden Plänen eines Mitterand, Kohl oder Delors nicht weggeredet werden! Auch nicht von der Europa Stiftung, die Bundeskanzler Kohl für seinen Freund Jacques Delors als Präsident gründen will.

Also besser einen eigenen Club der Kleinstaaten aufbauen. Da soll man uns auch nicht mit dem Argument kommen, die Kleinen wären dazu nicht stark genug. Die alten Eidgenossen haben es bereits und neuerdings die Serben in Bosnien gezeigt, wer nichts zu verlieren hat - und das wäre der Fall in einem Europa, das supranational von den Grossen beherrscht wird - der ist auch bereit aufs Ganze zu gehen. Spätestens, wenn die supranationale EU zu einem Scherbenhaufen in sich zusammengefallen ist, wird der Zeitpunkt gekommen sein, aus dem *Nichts ein wirklich*

neues Europa wenigstens der Kleinstaaten als Gegengewicht zu den Grossen aufzubauen... nur ein Traum oder der Anfang einer neuen Realität und Zielsetzung für die Schweiz und alle Kleinen in Europa vom Atlantik bis zum Ural?

Auf jeden Fall ein Wunsch für 1995 und die Jahrzehnte danach...

Original Text vom 11. Dezember mit redaktionellen Änderungen
publiziert am 10. Februar Schweizerzeit.

VI

REFORMEN - EIN NEUER WAHLSCHLAGER

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich haben *ein neues Werbeprodukt* in Mode gebracht. Es heisst *Reformen*. Entweder in der nüchternen Art eines Balladur der Anpassung oder Erneuerung ohne Bruch mit dem Bisherigen oder in der brutalen Art Chiracs, der lautstark umwälzende, buntschillernde Änderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in die Zukunft blendet. Dazwischen die Sozialisten, mit neuerdings Lionel Jospin an der Spitze, die vor allem im sozialen Bereich einen Ausbau des bisher erreichten und weltweit höchsten Standards staatlicher Fürsorge versprechen; Jean-Marie Le Pen, der mit seinem als rechtsextrem bezeichneten Nationalismus in Konkurrenz steht mit Phillip de Villiers, der unter Reformen eine Rückkehr zu vielen guten und alten französischen Traditionen von Familie, Sparsamkeit, Anständigkeit (radikale Ausmerzungen jeder Korruption), einschliesslich einem Schutz der Souveränität Frankreichs vor dem supranationalen Brüssel, versteht.

Bei näherem Zusehen zeigt sich, dass diejenigen, die möglichst radikalen Reformen das Wort sprechen und sich so als mutig, dynamisch und fortschrittlich präsentieren möchten, nicht viel anderes vorschlagen, als die anderen bescheidener, dafür sachlicher und wirklichkeitsnaher auftretenden Kandidaten. Oder wie es ein Politologe formulierte es sei leicht bei Wahlen den Mund voll zu nehmen, schwieriger dann *nach den Wahlen das Versprochene einzuhalten* (wie sich das schon in den ersten zwei Monaten nach der Wahl Chiracs, zur grossen Erbitterung der Franzosen, gezeigt hat und die Popularitätsquoten Chiracs auf 32% und diejenige seines Premierministers Juppé auf 31% gesunken sind).

Die sonst eher hellhörigen und sich nicht so leicht aufs Glatteis führen lassenden *französischen Wähler schei-*

Jahre dauernden Präferenz für den nüchternen Balladur, scheinen sie auf das Spektakel eines Chirac oder die Versprechungen der Sozialisten hereinzufallen, obwohl Balladur in zwei Jahren zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen mehr geleistet hat als dies während des 14-jährigen Regime Mitterands der Fall war.

Erneut bahnt sich eine Situation an, bei welcher die im Hintergrund von Mitterand orchestrierte Treibjagd Chiracs gegen Balladur wiederum einen Sozialisten an die Spitze des Staates bringen könnte. Obwohl die Mehrzahl der Franzosen das nicht wollen und sich noch genau daran erinnern, *dass Chirac nicht der Gewinnertyp gegenüber den Sozialisten* ist, scheinen sie alle irgendwie von dem für sie magischen Wort der Reformen geblendet zu sein. An sich verständlich, wenn die prekäre Lage einiger Schichten des sozialen Gefüges und die damit verbundenen Unruhen, besonders bei den Jugendlichen, den Arbeitslosen und den marginalisierten Einwohner von Vorstadtquartieren, meistens zu einem beträchtlichen Teil sich illegal im Land aufhaltenden Ausländern, berücksichtigt wird.

Ganz allgemein scheinen breite Kreise der französischen Gesellschaft irgendwie mit ihrem "*grauen*" *Alltag unzufrieden* zu sein. Trotz all dem Fortschritt in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und den damit verbundenen Annehmlichkeiten. Oder ist es gerade der dadurch bewirkte Materialismus und die geistige Leere, welche unsere postindustrielle Gesellschaft charakterisiert und die Sehnsucht nach einer Aenderung weckt?

Werbeleute und Medien kennen diese *Sehnsucht* der Menschen ganz genau. Naheliegend, dass sie diese auch bei den Werbeprogrammen für die Politiker ausnützen; ihnen die schönen Worte von Reformen für eine bessere Zukunft in den Mund legen, obwohl sie ganz genau wissen, dass beim heutigen Stand der Dinge auf unserer

dem vorherrschenden Materialismus und geistiger Leere, Reformen gar nicht so leicht sind und dass zum Überleben mit Vorteil am bisher Bewährten festzuhalten ist.

Denn bei den dem Wähler vorgegaukelten Reformen ist es gleich wie mit den wunderschönen Bildern auf Reisespektakeln, die in Wirklichkeit meistens ganz anders aussehen. Nur seriöse Politiker sollten sich nicht zu solchen Methoden herablassen; kluge und gewissenhafte Wähler sollten auch nicht darauf hereinfallen. Umso bedauerlicher ist es, dass ein Mann wie Balladur, der sich von Anfang an verwehrt hat, das *Spiel politischer Schönfärberei* mitzumachen, sich nüchtern an die Realität und Wahrheit zu halten versucht und keine leeren Versprechungen macht, ins Hintertreffen gerät.

Sollte er nicht gewählt werden, dann täten auch wir gut daran, bei unseren bevorstehenden Parlaments-Wahlen den uns vorgespiegelten "Reformen" und Zukunftsvisionen mit einer beträchtlichen Dosis von Skepsis zu begegnen und unser Vertrauen nur denjenigen zu schenken, die uns weniger hochfliegende Visionen, dafür nüchtern das wirklich Mögliche und auf jeden Fall das Festhalten an Bewährtem versprechen!

VII

MAZEDONIEN - WIEDER BRENNPUNKT IM BALKAN ? Friedensinsel oder ein zweites Bosnien?

Beim Auseinanderfallen Jugoslawiens wurde erwartet, dem *erstmalig als ein unabhängiger Staat in Erscheinung tretenden Mazedonien* werde das Schicksal Bosniens erspart bleiben. Ein Staat, der gewissermassen als eine "Schweiz im Zentrum des Balkans" das friedliche Miteinander verschiedener Einwohner-Gruppen, die sich während Jahrhunderten immer wieder in ethnischen, sprachlichen und religiösen Konflikten blutig bekämpft hatten, vorleben könnte.

Die UNO, die USA, Russland, die EU und eine Reihe weiterer Staaten beeilten sich, das kleine, landschaftlich höchst attraktive Bergland mit seiner im Laufe der Jahrhunderte aus Bulgaren, Albanern, Serben, Griechen, Aromunen (Rumänen), Türken und Juden zusammengewürfelten Bevölkerung von knapp 2 Mio Menschen als unabhängigen Staat anzuerkennen. Selbst Bulgarien und Serbien rangen sich zur Anerkennung durch, obwohl sie teils jahrhundertalte Ansprüche geltend machen könnten.

Bulgariens Ansprüche

Die Ansprüche der Bulgaren gehen auf das Jahr 870 n.Chr. zurück als der damalige Zar Boris I *das Christentum byzantinischer Prägung* in sein Reich, zu dem damals Mazedonien und grosse Teile des Balkans gehörten, einführte. Zu diesem Zwecke beauftragte er zwei bulgarisch sprechende Mazedonier in Saloniki (Thessaloniki), die Brüder Kyril und Methodi, ein phonetisch ans Bulgarische angepasstes Alphabet als *Kirchensprache* (auch Alt- oder Pravoslavisch genannt) zu entwickeln. Mazedonien wurde zu einem Zentrum, von dem aus sich die orthodoxe Kirche dank ihrer in Altbulgarisch abgefassten Kirchenbücher und Liturgien über alle slawischen Völker ausbreitete.

Ab Mitte des 19. Jh. formierten sich die Kräfte der geistigen Befreiung sowohl von den Türken als auch von der griechisch-orthodoxen Kirche dank der *ersten bulgarischen Kirchenbibel*, die, von Otez(Pater) Paisi in Mazedonien entwickelt, in den Klöstern Mazedoniens und Bulgariens insgeheim zum Schulunterricht der bulgarischen Sprache benützt wurde, weil die Kinder in den offiziellen Kirchenschulen nur Griechisch lernten. Wird zudem berücksichtigt, dass ein *grosser Teil der bulgarischen Schriftsteller und Poeten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts aus Mazedonien stammen*, so erklärt sich daraus die oft gehörte Behauptung, "die Mazedonier seien sowohl von der Sprache als auch von der Entwicklung des slawisch-bzw. bulgarisch - orthodoxen Kulturkreises als Bulgaren zu betrachten".

Ansprüche der Griechen

Die Griechen ihrerseits befürchten, die völkerrechtliche Anerkennung der ehemals jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien als unabhängiger Staat könnte *Abspaltungstendenzen in dem Teil Mazedoniens* aufleben lassen, der nach den Balkankriegen 1912/13 Griechenland zugeteilt worden war. Trotz wiederholter Ermahnungen aus Brüssel haben deshalb die Griechen bis heute die formelle Anerkennung Mazedoniens verweigert. Schon der Name Mazedonien sei irreführend; es gäbe in Nordgriechenland eine grosse Provinz mit dem gleichen Namen, die sich im Westen von der albanischen Grenze südlich der Stadt Kastoria und des Aliakmon Flusses über Saloniki und die Hafenstadt Kavala hinaus, entlang dem Aegäischen Meer weit in den Osten erstreckte und deren Bevölkerung griechisch bzw. griechisch-mazedonisch sei. Es sei dies der grössere Teil von Mazedonien, der von Griechenland als Aegäis-Makedonien bezeichnet wird. Scharf kritisiert wird zudem von Athen, dass die neue Republik als Hoheitszeichen den Stern mit 16 Strahlen benütze, der auf das gleich-

namige, makedonische Reich Alexander des Grossen im 4. Jh. v.Chr. zurückgeht; gerade dieses Symbol - argumentiert die griechische Regierung - beweise, wie sehr eigentlich "ganz Mazedonien bzw. Makedonien zu Griechenland gehöre".

Ansprüche der Albaner

Neuerdings sind auch die Albaner, die gut 20% der Bevölkerung ausmachen, in Bewegung geraten. Angeschürt von denjenigen in Kosovo verlangen sie eine eigene, natürlich vor allem *religiösen Zwecken dienende islamische Universität*. Im Hintergrund die Türkei, die nicht nur in ihrem Verhalten gegenüber den ehemaligen islamischen Sowjetrepubliken, sondern auch im Vorderen Orient und im Balkan Tendenzen nach einem neuen osmanischen Reich, zumindest eines islamischen, von der Türkei dominierten Staatenbundes, manifestiert.

Grossmazedonien

Sehr viele Mazedonier, vor allem auch jene, die in der Zeit der kommunistischen Herrschaft in Jugoslawien nach Australien und in die USA emigriert sind, träumen von einem *Grossmazedonien*, wie es 1878 im Vorfrieden von San Stefano zwischen Russland und den Türken (dem Osmanischen Weltreich) nach ihrer Vertreibung aus dem Balkan vereinbart wurde. Dieses Grossmazedonien umfasste alle Gebiete, die von den Türken selber 1870 dem aus der griechisch-orthodoxen Kirche abgetrennten bulgarisch-orthodoxen Eksarchat zugeordnet worden sind. Eine von der Hohen Pforte (Regierung des Osmanischen Weltreichs) durchgeführte Befragung hatte damals gezeigt, dass die Bevölkerung in diesen Gebieten den Gottesdienst auf bulgarisch hören wollte. Dieses sowohl ethnisch als auch religiös der bulgarischen Sprache verhaftete Gebiet, zu dem neben der heutigen Republik Mazedonien, der zu Griechenland gehörende Aegäis-Teil und das Piringebirge

in Bulgarien gehörten, ist in der Folge am Berliner Kongress 1878, nach den Balkankriegen 1912/13, sowie nach dem ersten und zweiten Weltkrieg *mehrfach zerstückt worden*. Den *Löwenanteil* erhielten die *Serben* bzw. Jugoslawien und *Griechenland*, die beide seither nichts unversucht gelassen haben, die Mazedonier zu serbisieren bzw. durch Implantationen griechischer Bevölkerungsgruppen im Aegäis-Teil ihrer bulgarisch-orthodoxen Herkunft zu entfremden.

Den Bulgaren blieb nur das Piringebirge, das zu einem der wichtigsten "Reduits" der 1893 in Saloniki gegründeten "*Mazedonisch Revolutionären Organisation*" wurde, die später mit dem Zusatz "Innere" unter dem Kürzel *IMRO* in Erscheinung trat. Sie war besonders in den dreissiger Jahren aktiv, ist aber auch heute wieder, wenn auch in anderer Erscheinungsform, mit dem unveränderten Ziel der Schaffung eines geeinten Mazedoniens präsent und gewinnt, weil im mazedonischen Parlament vertreten, zunehmend an Bedeutung.

Das Sprachenproblem

In Wirklichkeit leidet Mazedonien unter der Tatsache, dass ihm heute eine *eigene, geschlossene Bevölkerung mit eigener Sprache* fehlt. Der religiöse Zwiespalt zwischen der orthodoxen Kirche und dem Islam, aber auch innerhalb der orthodoxen Kirche zwischen dem historisch verankerten bulgarischen und dem später hinzugekommenen griechisch-orthodoxen und serbisch-orthodoxen Teil, angeheizt durch die Konflikte in Bosnien und Kosovo, ist wieder härter geworden ist. Zündstoff bietet auch der Umstand, dass sich ein ebenso grosser Teil des Landes ausserhalb der heutigen Grenzen befindet. Es kann den Mazedoniern nicht verargt werden, dass sie alle mazedonischen Bevölkerungsgruppen in einem Staatwesen zusammenfassen möchten und dass sie kulturell ihrer historisch gewachsenen Sprache, die trotz aller Serbisierungs- und

Griechisierungs-Bemühungen immer noch das Bulgarische, zumindest eine Art bulgarischer Dialekt ist, treu bleiben möchten. 500 Jahre türkischer Herrschaft bzw. des türkischen "Jochs", machen sie natürlich gegenüber dem heute auf dem Balkan wieder stark in Erscheinung tretenden Islam, ob Albaner oder Türken, besonders allergisch. Schliesslich ist auch bei diesen Menschen, wie bei allen anderen Völkern des Balkans, zu berücksichtigen, dass sie nachgerade genug haben, ständig unter einer *Fremdherrschaft* leben zu müssen.

Der eigentlich bis zum letzten Weltkrieg noch stark ausgeprägte Wunsch der *Zugehörigkeit zu Bulgarien* ist durch die unter deutscher Kontrolle durchgeführte bulgarische Besetzung dieses Teils des ehemaligen Jugoslawiens gedämpft worden. Mit dem Resultat, dass heute den Mazedoniern eine wirklich empfundene und sich auch auf die Gebiete in Bulgarien und Griechenland erstreckende nationale Identität fehlt. Und das gerade in einem Zeitpunkt, in welchem eine solche Identität dringend notwendig wäre gegenüber dem wachsenden Druck des Islams, ob Albaner aus Albanien, Kosovo oder Mazedonien selber oder Türken im Lande oder deren wachsender Bevölkerungsteil in Bulgarien und Griechenland.

Mazedonien - eine Schweiz im Balkan

Verschiedene Beobachter, nicht zuletzt auch aus Kreisen der UNO, sind der Meinung, dass die Lösung in einer *Anerkennung der verschiedenen Sprachgruppen und Religionen* zu suchen wäre. Anstatt einen neuen Konflikt durch Zusammenlegung der getrennten Teile Mazedoniens oder eine Neuverteilung zwischen den einzelnen Nachbarstaaten heraufzubeschwören, sollte jetzt den in Bulgarien und Griechenland verbliebenen Teilen, nicht zuletzt auch gestützt auf die internationalen Minderheiten-Regelungen, das Statut wirtschaftlich und kulturell autonomer Provinzen eingeräumt werden. Das würde zum Beispiel

erlauben, diese Provinzen zusammen mit der heutigen Republik Mazedonien in eine Art Freihandelszone zusammenzufassen, die sich über Griechenland und die Türkei auch positiv auf die Beziehungen der EU und der Efta mit Bulgarien, die anderen jugoslawischen Ex-Republiken und Albanien auswirken könnte.

Die Kulturell-religiös bedeutende Vergangenheit Mazedoniens sollte dazu ausgenützt werden, um hier neue Wege für eine Zusammenarbeit mit den friedfertigen Teilen des Islams zu finden, die allerdings in letzter Zeit gleich wie vor allem in Frankreich immer mehr von einem militanten Islam unterwandert werden. Zum Beispiel durch Reformen im Schulwesen, die jedem Schulkind gestatten sollten, die ihm ethnisch und seinem Wohnort entsprechende Sprache (bulgarisch, griechisch albanisch und serbisch) auszuwählen. Das bereits jetzt vorhandene Nebeneinander von orthodoxen Kirchen und Moscheen sollte dabei als ein gutes Omen dienen.

All das wird aber nur möglich sein, wenn diesmal, im Gegensatz zu Bosnien, die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere die OESZ und die EU rasch handeln. Für den gegenteiligen Fall warnen der UNO-Vertreter in der Hauptstadt Skopje und besonders auch der ehemalige griechische König Konstantin II eindringlichst vor dem Aufbrechen eines neuen Konflikts, der zwangsläufig alle Nachbarstaaten, einschliesslich der Türkei und Rumänien, mitreissen würde und sich zu einem eigentlichen Balkankrieg auswachsen könnte.

Original Text vom 4. Februar 95 mit redaktionellen Änderungen
publiziert am 3.März.95 Schweizerzeit.

VIII

RECHTS -LINKS-MITTE: WIE HEISST DER NEUE (POLITISCHE) KURS?

Auch wir in der Schweiz stehen in einem Wahljahr. Die Erfahrungen in Frankreich, sollten uns, auch wenn die Verhältnisse nicht die gleichen sind, zu denken geben. Seit dem Zusammenbruch des traditionellen Kommunismus in der Sowjetunion und sonst weitherum in der Welt, seit dem immer deutlicher zutage tretenden Ungenügen einer im Profitdenken verankerten kapitalistischen Marktwirtschaft zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut und seitdem sich das Bürgertum immer mehr in sich selber verkapselt sind die *bisherigen klar profilierten Begriffe* von Rechts, Links und Mitte inhaltslos geworden.

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich zeigen dies nur allzudeutlich. Aber auch bei uns werden die bisherigen politischen Trennungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sowie zwischen diesen beiden und einer bürgerlichen Mitte verwischt. Man spricht von Reformen, aber man meint etwas ganz anderes, viel *Grundsätzlicheres*.

Die kürzlich in Kopenhagen erfolglos zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit abgehaltene Konferenz von 184 Staatschefs zeigt nur allzudeutlich, dass in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung unserer Welt die *bisherigen politischen Richtungen vollständig versagt* haben. Es braucht nicht nur neue Programme, sondern ein von Grund auf neues Überdenken der Organisation unserer Gesellschaft und der Welt - vor allem aber auch den Willen zu einem raschen und vollständigen Umschwenken!

Über alle parteipolitischen Meinungen und Richtungen hinweg, haben sich deshalb alle Präsidentschaftskandidaten in Frankreich eigentlich erstaunlich rasch zu einem neuen politischen Kurs hindurchgerungen. Im wesentlichen - kein

Spur mehr von klar abgegrenzten Fronten Rechts, Links oder Mitte - vertreten sie alle die gleichen Thesen: Der *Mensch* sollte besonders im wirtschaftlichen, aber auch im sozialen und kulturellen Bereich wieder in den *Mittelpunkt* gerückt werden. An Stelle von Arbeitslosigkeit sollte eine sinnvolle Tätigkeit für alle, von der frühesten Jugend bis ins hohe Alter, treten, auch wenn sich dies auf Konkurrenzfähigkeit und Profit nachträglich auswirken könnte. Armut und der Graben zwischen Reich und Arm sollte rasch weltweit abgebaut werden: gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle, besonders für die Jungen.

Mehr *Gerechtigkeit für alle*, aber auch die Ausmerzung von Korruption in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens. Zu diesem Zwecke wäre die Unabhängigkeit der Richter, der Gerichtsbarkeit von der staatlichen Exekutive besser zu gewährleisten.

Mit der *Verfilzung in der Politik*, insbesondere mit dem vollständig unübersichtlichen System der Parteien und Einflussgruppierungen, "Lobby- oder Pressure"- Gruppen der Wirtschaft, der Finanz aber auch der Medien und nicht zuletzt der Mafia wäre *radikal Schluss zu machen*.

Wie einer der Kandidaten, der derzeitige Ministerpräsident Edouard Balladur, es formulierte: Die Franzosen sollen wieder frei und unabhängig werden - genau so, wie er nur ein unabhängiger Präsident von unabhängigen Bürger werden möchte.

Nicht der Staat, die Regierung oder der Präsident sollen letztlich in Frankreich entscheiden, sondern *das Volk* durch seine Vertreter oder in wichtigen Fragen *direkt*. Das Volk solle auch die *Initiative zu Volksbefragungen* ergreifen können.

Der Staat müsse sich besonders der *wirtschaftlich Schwachen, Armen und Marginalisierten* annehmen.

Irgendwie erinnern diese Thesen an die Grundsätze der

Französischen Revolution, aber auch in vielem an das, was wir im Laufe unserer Geschichte aufgebaut haben und das heute zur Vereinfachung von Regierung, Parteipolitik und Einflussnahme unserer Wirtschaft eingeschränkt oder gar einem angeblich fortschrittlichen und welt- (europa) offenen Denken geopfert werden soll. Kurios - wir wollen Dinge aufgeben, um die uns sogar grosse Nachbarn, wie Frankreich beneiden, und die sie zum Gegenstand ihrer Wahlträume machen?

Original Text vom 13.März 95
publiziert am 16.März Basellandschaftliche Zeitung.

FERNSEH - ZIRKUS Präsidentschaftswahlen in Frankreich

Die französischen Präsidentschafts-Wahlen zeigen geradezu exemplarisch, wie *die Medien*, vor allem das Fernsehen, zusammen mit einer geschickten Ausnützung von Wählerumfragen die *Meinungsbildung der Stimmbürger* beeinflussen.

Noch zu Beginn dieses Jahres stand der gegenwärtige Premierminister Edouard Balladur weit an der Spitze aller Kandidaten. Nach dem Verzicht von Jacques Delors auf eine Kandidatur für die Sozialisten entwickelten die elektronischen Medien, insbesondere der französische Kanal TF1, eine regelrechte *Verfolgungskampagne*, zunächst zugunsten von Jacques Chirac und später von Lionel Jospin, so dass Balladur gemäss neuen Wählerumfragen nur noch an dritter Stelle steht - sein Stern ist von den durchschnittlich 55% während seiner zweijährigen Amtszeit als Premierminister - und immer häufiger wenn auch nicht offiziell als Kandidat herumgeboten - auf knapp 20% gesunken.

Eigentlich erwartet man von den Medien, sie würden bei so wichtigen Ausmarchungen, wie die Wahl des Staatspräsidenten, eine Rolle *höchstmöglicher Objektivität* und Korrektheit den einzelnen Kandidaten und ihre Programme gegenüber einnehmen. In Wahrheit sind ihnen alle Mittel recht, die Kandidaten gegeneinander auszuspielen, einzelne Kandidaten zu begünstigen, andere in möglichst schlechtes Licht zu stellen. So hat sich beim französischen Fernsehen seit Jahren ein System entwickelt, das einer gewissen *Gilde* von Moderatoren und Journalisten eine praktisch unbegrenzte und nur schwer kontrollierbare Macht, ein *Monopol* im wahrsten Sinne, überlässt, in weitestgehender Eigenmächtigkeit nicht nur die politischen Sendungen, sondern auch die offiziellen Nachrichten zu gestalten.

Die "Elite" der Polit-Moderatoren

Patrick Poivre d'Arvor (PPDA) und Anne Sinclair sind die derzeit eindeutig dominierenden Stars in den Nachrichten von TF1 sowie in der Sonntagabend Politsendung "7 sur 7". Hohe Beachtung genießt sodann die jeweiligen am Sonntagmittag von François-Henri de Virieu gestaltete Sendung "L'heure de vérité", in welcher der Moderator zusammen mit einer Gruppe scharfer Journalisten politische Persönlichkeiten regelrecht ins Verhör nimmt, sowie Bruno Masure mit seiner Sendung "La France en direct", beide vom zweiten französischen Fernsehen; ferner Jean-Marie Cavada mit seiner Sendung "La marche du siècle" am dritten französischen Fernsehen. Daneben gibt es natürlich noch eine Reihe anderer Sendegefäße und weniger hervorstechende Fernseh-Journalisten, die aber alle mit einer ziemlich grossen Selbständigkeit die politischen Vorgänge kommentieren.

Mit den Jahren haben diese *Fernsehstars* eine Position erreicht, die ihnen erlaubt, die *öffentliche Meinung und politische Willensbildung entscheidend zu beeinflussen*. Es ist naheliegend, dass sie auch ihrerseits der Beeinflussung durch irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Interessengruppen oder Persönlichkeiten ausgesetzt sind. Bezeichnend dafür ist, obwohl noch kein Urteil vorliegt, dass der Superstar PPDA (Patrick Poivre d'Arvor) zur Zeit, zusammen mit dem Bürgermeister von Lyon, Michel Noir, wegen einer der grossen Korruptionsaffären in Frankreich vor Gericht steht. Das hindert ihn zwar nicht, in der Sendung "Face A la Une" nach den Abendnachrichten mit anderen Kollegen von TF1 über den zu einem Gespräch eingeladenen Kandidaten gewissermassen Gericht zu sitzen bzw. sich im Ton des Gesprächs so zu verhalten.

Manipulationen

Die Manipulation in den elektronischen Medien beginnt

mit der Zuteilung der Sendezeit. Was tut ein Kandidat nicht alles, um vor den Bildschirm zu kommen und genügend Zeit zu erhalten für das was er gerne den Wählern sagen möchte. Es ist beschämend, wie die französischen Fernsehstars oft nur nach *Gutdünken* und persönlichen Sympathien *Sendezeit verteilen*. Zwar soll die Regel bestehen, dass jeder offiziell anerkannte Kandidat gleichviel Sendezeit erhält, wobei das gleichviel an der Bedeutung der Wählergruppe, die er vertritt, gemessen wird. Zu was das führt, zeigt eine kürzlich im Figaro publizierte Information, wonach bis Anfangs März Chirac 6449, Jospin 5109 und Balladur 2960 Sekunden effektive Sprechzeit erhalten haben. Dementsprechend wird dann auch gross hervorgehoben, dass Chirac die höchste Zuhörerquote von 37%, Jospin 22% und Balladur von nur 19% erhalten hätten.

Nicht nur in Frankreich ist der Trick bekannt, mit dem gewählten *Aufnahme- Winkel der Fernseh-Kamera* eine Person am Bildschirm in einer günstigen oder unvorteilhaften Art zu zeigen. Diese Technik ist in Frankreich zu einer eigentlichen Kunst entwickelt worden. Mit dem Winkel von oben oder seitwärts wirkt ein Chirac sportlich und energisch; mit dem Winkel von unten wirkt das Doppelkinn Balladurs noch schwerfälliger. Überhaupt zeigt die total Pro-Chirac eingestellte TF1 Balladur grundsätzlich bei allen Besuchen seiner Anhänger- Versammlungen immer nur dann, wenn andere, in die Versammlung eingedrungene Gruppen gegen ihn protestieren oder er sonst in einer unvorteilhaften Situation ist. Sehr oft wird das, was er sagt, gar nicht oder nur stückweise wiedergegeben. Chirac hingegen wird nur in einem für ihn vorteilhaften und von seinen PR-Leuten ausgewählten, günstigen Augenblick gezeigt. Natürlich wird nicht verfehlt, dem Fernsehpublikum gleichzeitig einzubläuen, dass er mit seinem *dynamischen, vorwärtsblickenden Reform-Programm* an die Spitze der Wählergunst gelangt sei. Balladur wird

auch dann, wenn er über die Erfolge seiner bisherigen Amtszeit spricht, als vorsichtig, konservativ, ja sogar ängstlich und unentschieden hingestellt. Alles jeweils in einer geschickten und sehr perfiden Kombination von Wort und Bild, vor allem auch mit der dazugehörenden *Mimik eines PPDA* und der anderen Moderatoren.

Noch bemühender ist zu sehen, wie die einzelnen Kandidaten durch kontinuierliche *Zwischenfragen*, Unterbrechungen und Kommentaren in einer für sie positiven oder nachteiligen Situation gezeigt oder sogar an der Präsentation ihrer Thesen gehindert werden. Bei Chirac verhält man sich äusserst *respektvoll*, bei Jospin fast wie einem *Parteikameraden* gegenüber und bei Balladur in einer *hämisch- frechen und aggressiven Art*. Bei Kandidaten, wie Le Pen und de Villiers, wird das angebliche Fernsehgespräch zu einem eigentlichen *Kreuzverhör*, bei dem der Kandidat in den seltensten Fällen seine Sätze zu Ende führen kann oder dann alle gleichzeitig sprechen: Angeblich um die Sendung lebendig zu gestalten; in Wirklichkeit um den nicht genehmen Kandidaten als konfus und unklar über den Bildschirm zu bringen. Bereits in unserem, angeblich etwas demokratischeren Fernsehen könnte mancher Politiker ein endloses Klagelied über das unerzogene und unfaire Verhalten der Moderatoren singen. In Frankreich wurde dieses "hinmachen", auch "verheizen" oder "zur Sau machen" zu einer vollendeten Kunst entwickelt.

Cui bono?

Zweck solch zirkushafter Fernsehvorstellungen ist weder einen vollständigen Ueberblick noch eine möglichst klare Information der Wähler über Person und Programme der einzelnen Kandidaten. So herrscht heute eine derartige Konfusion, dass auch *erfahrene Politologen*, gestützt auf die Fernseh- und Radio-Sendungen allein, nicht in der

Lage sind, eine einigermaßen übersichtliche Gegenüberstellung der Programme und Zielsetzungen der einzelnen Kandidaten zu geben. Vor allem auch zu zeigen, was die Kandidaten selber sagen und denken. Einzig die Printmedien bieten dem Wähler diese Möglichkeit, weil sie den Kandidaten den Raum bieten, selber ihre Thesen mit ihren eigenen Worten darzustellen. Die Kommentare in Leitartikeln und Kolumnen bieten dazu nur eine Ergänzung, aber im Gegensatz zum Fernsehen und Radio wird der Originaltext nicht verdreht oder ganz einfach verfälscht.

Fernseh- und Radio Moderatoren sollten endlich (auch bei uns in der Schweiz) begreifen, dass der Wähler, wenn er eine politische Diskussions- oder Gesprächssendung einschaltet, *nicht ständig* den langfädig, mehr oder weniger klar und oft in einer miserablen Sprache vorgebrachten *Meinungen und Botschaften des Moderators zuhören will*, sondern wissen möchte, was der eingeladene Gesprächspartner zu sagen hat. Käme dieser wirklich zu Wort, dann würde selbst die meist knapp bemessene Sendezeit genügen, eine möglichst vollständige Uebersicht über Standpunkte und Programme eines Kandidaten zu erhalten. Das war sicher nicht zuletzt mit einer der Gründe, warum sowohl Jacques Delors, Raymond Barre und Giscard d'Estaing auf eine Kandidatur verzichtet haben. Drei ausserordentlich fähige und erfahrene Staatsmänner, bei denen schon wegen ihrer Gedankengänge und der gepflegten Sprache das Zuhören ein Genuss sein könnte, wenn sie von den Fernsehstars mit ihrem eher plumpen und unerzogenen Verhalten nicht ständig unterbrochen würden. Etwas, dass sich sowohl Delors als auch Barre und Giscard d'Estaing einfach nicht gefallen lassen wollten. Letzterer gab das in seiner feinen Art an der Sendung mit PPDA in magistraler Art zu verstehen: auf die ständig gestellte Frage nach seiner Kandidatur schwieg er konsequent und stoisch, um erst am Ende der Sendung seinen

Verzicht bekanntzugeben nachdem sich die 5 Fernsehjournalisten eine Stunde lang vergeblich bemüht hatten mit einer frühen Antwort möglichst zu Beginn der Sendung eine Sensation zu schaffen, sodass PPDA die Nerven verlor und ausfällig wurde, was von Giscard d'Estaing mit einem eiskalten Lächeln quittiert wurde.

Für Frankreich ist schon allein der *Ausfall dieser drei Persönlichkeiten ein Verlust*. Noch grösser dürfte der, ebenfalls weitgehend von diesen Superstars verursachten Rückgang der Popularität Balladurs, ins Gewicht fallen. Verzweifelt fragte in einem Leserbrief eine Wählerin, was man denn eigentlich diesem Mann vorwerfe, der nach 14 Jahren katastrophaler sozialistischer Misswirtschaft Ordnung nicht nur in die Finanzen und die Wirtschaft gebracht habe, sondern dem es sogar gelungen sei, den nun seit Jahrzehnten dauernden Zuwachs der Arbeitslosigkeit zum Halt zu bringen? Das alles sind Fragen, welche offenbar die vor allem um ihre eigene *Profilierung und Macht besorgten Polit-Moderatoren* des französischen Fernsehens nicht sonderlich zu interessieren scheint.

Die Hand des Meisters

Trotzdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hinter dem um die Präsidentschaftswahlen gemachten Fernseh-Zirkus mehr steckt. Bezeichnend ist dabei, dass die *Treibjagd* gegen Balladur mit dem Verzicht Delors angefangen hat. Die Sozialisten waren da in einer schwierigen Lage. Einmal mehr griff der Grossmeister politischer "Strategie" (Intrige), der jetzige Staatspräsident François Mitterrand, ein und startete mit den von ihm während Jahren aufgebauten Super-Fernsehstars, mit PPDA an der Spitze, eine Kampagne zugunsten Chiracs und gegen Balladur. Mit dem Resultat, dass der von vorneherein als verloren geltende Jospin, blitzartig zum Zweiten Rang aufrückte. Offenbar betrachtet Mitterrand Balladur mit sei-

ner umfassenden und effektiv auch sozial ausgerichteten Politik für einen sozialistischen Kandidaten gefährlicher, als die mehr *demagogisch manifestierten sozialen Gefühle Chiracs*, die einem Gaullisten nur schwer geglaubt werden und der deshalb auch bei den gemässigten Sozialisten weniger Anhang als ein Balladur finden dürfte. Schade nur, dass Chirac den Sirenengesängen eines Frédéric Mitterand (Fernsehstar und Neffe des Staatspräsidenten) glaubt und heftig nicht gegen Jospin, sondern mit diesem gegen Balladur loszieht. Zum Fernseh-Zirkus gesellt sich so auch der für Frankreich so typische Polit-Zirkus ...mit dem Ergebnis, dass der nächste Staats- Präsident Frankreichs sehr wohl Lionel Jospin heissen könnte...

Original Text vom 7.März 95 mit redaktionellem Änderungen
publiziert am 31.März 95 Schweizerzeit.

IST DIE SCHWEIZ WIRKLICH WELTWEIT ISOLIERT?

Weil das Uno-Klima-Sekretariat nach Bonn und nicht nach Genf kommt, ist jetzt wieder das *Wehklagen über eine weltweit isolierte Schweiz* ausgebrochen. Schuld daran ist natürlich das EWR-NEIN von 1992 - genau so wie in allen anderen Dingen, die angeblich in unserem Lande nicht funktionieren: angefangen vom harzigen Verlauf der bilateralen Verhandlungen in Brüssel über die Abwanderung unserer Industrien ins Ausland (wenn auch zum grössten Teil nicht in die EU, sondern in die Niedriglohnländer Mitteleuropas und des Fernen Ostens), über die Probleme der Swissair, die sich zwar in einer noch härteren Weise bei den meisten Fluggesellschaften der EU-Staaten manifestieren, bis zur Arbeitslosigkeit, obwohl diese in keinem Verhältnis zu den weit über den offiziell eingestandenen 17 Millionen in der EU steht. Dazu gehört auch die Tatsache der, unseren Dimensionen entsprechend, immer noch leichter als in der EU überblickbaren und deshalb auch kontrollierbaren sozialen Unruhen, Sicherheit, Kriminalität sowie die noch in unserem Lande mögliche Kontrolle der Fremdarbeiter trotz dem prozentual zur Gesamtbevölkerung höchsten Ausländeranteil in Europa, usw. usf.

Sicher ist der Entscheid betreffend das Klima-Sekretariat in Bonn für die Genfer bedauerlich. Aber auch sie sollten allmählich begreifen, dass seit dem angeblichen Ende des Kalten Krieges die von ihnen selber im Zusammenhang mit dem ebenfalls von ihnen verlangten Beitritt zur EU und Uno in Frage gestellten *Neutralität* nicht mehr so gefragt ist. Besonders bei den grossen *Umwelts-Problemen*, die uns alle auf der Welt in der gleichen Weise erfassen und somit weniger die "Autonomie in einer geteilten Welt", als die Bereitschaft und die Möglichkeit zu einem wirtschaftlich und finanziell weltweit wirksamen Beitrag entscheidend ist. Da bietet natürlich Deutschland mit Bonn weit

mehr als unsere kleine Schweiz, die bereits mit all den in Genf situierten internationalen Sekretariaten weit über das tragbare Mass hinaus belastet ist.

Auf jeden Fall kann der *negative Entscheid über Genf* weder dem NEIN zum EWR, der EU oder der Uno, noch der übrigens ausgezeichneten Arbeit unserer Delegation unter der Führung unserer Bundesrätin Ruth Dreifuss an der Klimakonferenz in Berlin angelastet werden. Wir sollten uns langsam daran gewöhnen, dass, wann immer Deutschland etwas wünscht, es wenige Länder gibt, die etwas dagegen tun können. Da hätte uns eine Mitgliedschaft in der EU oder der Uno auch nichts genützt, umso mehr als es für Bundeskanzler Kohl aus innenpolitischen Gründen zwingend war, beim Saubermachen der in der ehemaligen DDR angesammelten Umweltschäden auf die Präsenz des Uno-Klima-Sekretariats im eigenen Lande hinweisen zu können.

Schon allein aus diesem Grunde ist es kaum gerechtfertigt, auf eine Schwächung der internationalen Bedeutung unseres Landes schliessen zu wollen. Mit den zunehmenden Schwierigkeiten innerhalb der EU, dem Versagen der Uno in Bosnien und in Afrika, der Ungewissheit über die Entwicklung im zusammengebrochenen Sowjet-Imperium, der neu auftretenden Probleme im Fernen Osten, besonders in Japan, Indien und China, manifestiert sich immer deutlicher ein neu *erwachendes Vertrauen in konsequent unabhängig bleiben wollende Staaten* mit einigermaßen gesunden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, Sicherheit, Toleranz und Hilfsbereitschaft. Deshalb wohl haben wir diesen grossen Zustrom von Flüchtlingen aus aller Welt, die Suche von Arbeit bei Schweizern und Schweizer-Unternehmen im Ausland und nicht zuletzt auch das *Vertrauen in unseren Schweizerfranken*, das sich gerade jetzt während der Krise des Dollars, der seit

Jahrzehnten dominierenden Weltwährung, manifestiert.

Letztlich ist das Vertrauen in unser Geld nichts anderes als *Vertrauen in unser Land*. Niemand flüchtet sich in die Währung eines Staates, der nicht von seiner Rechtsordnung, seinen staatlichen und privaten Institutionen, den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, seiner weltweiten Stellung als eine offenes und eigenständiges (auch eigensinniges) und den Verhältnissen unserer Zeit entsprechend noch sehr korrektes und rechtschaffenes Land die Gewähr für eine sorgfältige Verwaltung seiner Währung bietet.

Wenn wir *wirklich international ein isoliertes Land* wären, dann würde wohl niemand als politischer Flüchtling Zuflucht bei uns suchen oder bei einer Krise der anerkannten Weltwährungen seine Ersparnisse unserem Franken anvertrauen. Wir sollten vermehrt das *Vertrauen der anderen zu uns in ein Vertrauen zu uns selber* umwandeln; nur mit mehr Selbstvertrauen können wir weltweit auch mit der Durchschlagskraft auftreten, die es heute braucht, um sich international (besonders auch bei den Herren in Brüssel) durchsetzen zu können!

Original Text vom 6. April 95 mit redaktionellen Änderungen
publiziert am 25. April 95 Basellandschaftliche Zeitung

EXPO 2001: GELEBTE SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEUTSCH UND WELSCH

Im nächsten Jahrhundert dürfte die Schweiz nur überleben, wenn die Schweizer den *Geist des Miteinander*, bereits im Rütlichswur von 1291 so prägnant formuliert, zu erneuern vermögen.

Die *Solidarität zwischen den einzelnen Landesteilen, Sprachgruppen und Religionen* muss vertieft werden. Mehr Verständnis und Respekt für andere Meinungen müssten wieder zum Alltag der politischen Auseinandersetzung werden: In der direkten Demokratie kann nur das offene, ehrliche Ringen um Standpunkte den Willen zur gemeinsamen Bewältigung der Probleme neu beleben. Staaten wie die Schweiz brauchen deshalb periodisch Orte, wo ihre Bürger und Einwohner zusammentreffen, um trotz all dem während Jahren angestauten Zorn und Gram wieder zueinander zu finden.

Die Idee der Durchführung der nächsten Landesausstellung im *Raume des Neuenburger-, Bieler- und Murtensees* ist deshalb, wie heute die Jungen sagen, als "genial" zu bezeichnen; als Geste der Solidarität des zahlenmässig stärksten Bevölkerungsteils gegenüber den anderen Teilen des Landes: Ein guter Anfang des neuen Jahrtausends.

Mehr Verantwortung für die Romands

Bis zum Jahre 2001 werden sicher noch viele Pläne und Projekte diskutiert werden. Natürlich wäre gerne jeder Landesteil zum Zug gekommen. Die Wahl des Bundesrats ist zu begrüssen, weil damit einer typisch schweizerischen und eigenständigen Region der Romandie Gelegenheit geboten wird, die Verantwortung für einen im Landesinteresse so wichtigen Anlass zu übernehmen.

Der Direktionspräsident der Nationalbank, Markus Lusser, hat kürzlich in einem Fernsehgespräch mit Frank A. Meier im Zusammenhang mit dem Deutsch-Westschweizer-Malaise die Meinung vertreten, man sollte den *Romands mehr Verantwortungen* für die ganze Schweiz übertragen. War sein Vorschlag, dafür selbst die Bundeshauptstadt an einen Ort in der Romandie zu verlegen, möglicherweise eher scherzhaft gemeint, so ist dieser trotzdem zu beherzigen: Vielleicht sollten wir Deutschschweizer nicht alles, was wir für unser Land als wichtig erachten, immer nur nach Deutschschweizer Manier regeln wollen. Handkehrum sollten gewisse Westschweizer endlich davon Abstand nehmen, sich allein als weltoffen und fortschrittlich zu preisen, alle andern Schweizer, die nicht ihrer Meinung sind, als rückständig und weltfremd herabzusetzen.

Beide Clichés stimmen nicht. Es gilt deshalb immer wieder, sich zu einem *Konsens* durchzuringen. Die nächste "Landi" in der Romandie könnte dazu die ideale Gelegenheit bieten. Wir Deutschschweizer müssten dann nur noch bereit sein, sie ebenso liebevoll, wie schon jene von 1964, als "unsere Expo" zu bezeichnen.

Im Hinblick auf diese Expo könnte dann auch Lussers Idee einer neuen Hauptstadt für unser Land, neben vielen anderen Fragen, wie die Schweiz und Europa, Stärkung unserer direkten Demokratie durch eine neue Verfassung, Bewaffnete Neutralität und Sicherheit, Weltoffenheit und Solidarität, Mensch und Arbeit, Umwelt und moralische Erneuerung usw., geprüft werden. Im Zeitalter von Informatik und Multimedia wäre es natürlich gar *kein Problem die Bundesverwaltung über das ganze Land* zu verteilen. Ob aber die ultramodernen Kommunikationsmittel auch den menschlichen und unmittelbaren Kontakt, der gerade bei einer direkten Demokratie so wichtig ist, sicherzustellen

len vermögen, ist eine andere Frage. Diese und noch viele andere Themen wären auf die "Expo" 2001 so vorzubereiten, dass dann auf einem der vorgesehenen zahllosen Schiffe oder schwimmenden Plattformen, irgendwo zwischen dem Neuenburger- Bieler- oder Murtensee Vorschläge für die Zielsetzungen zur Gestaltung der Zukunft der Eidgenossenschaft - die von immer breiteren Kreisen des Volkes geforderte " Zukunfts-Vision unseres Landes" - verabschiedet werden können. Das alles natürlich immer nur unter der Voraussetzung eines möglichst ruhigen Wellengangs....

Die Drei-Seen-Region

Die für die Landesausstellung bestimmte Region um Neuenburger-, Bieler- und Murtensee erscheint schon deshalb als glückliche Wahl, weil dort keine *eigentlichen und akuten Konflikte* zwischen den einzelnen Volks- Sprach- und Religionsgruppen festzustellen sind. Die eng miteinander verbundenen Seen haben vielmehr von den ersten Anfängen der Besiedlung dieser Region einen engen Kontakt zwischen den an ihren Ufern lebenden Menschen gefördert und so im Laufe unserer Geschichte zu einer Art kultureller Symbiose, nicht aber einer gleichschaltenden Verschmelzung, geführt. Besonders ausgeprägt für diese Region ist die auch heute noch gültige Feststellung des letzten Weltkriegs, wonach sich die Westschweizer, auch die Jurassier, ebensowenig als Franzosen, wie die Deutschschweizer als Deutsche und die Tessiner als Italiener fühlen. Ein Auseinanderdriften im Falle einer weitergehenden Integration mit unseren europäischen Nachbarn wäre deshalb kaum zu befürchten.

Als Bürger aber auch als Bewohner der Dreiseen-Region fühlt man sich zuerst als Neuenburger, Bieler, Yverdoner, Murtener oder Zugehöriger irgendeiner der höchst *eigenständigen Städte, Dörfer und Gemeinden*. Dabei hat die Mehrheit von ihnen die ursprüngliche Eigenart erhalten,

ja konfrontiert mit Andersartigem die eigene Eigenart noch mehr ausgebaut, um so in der gegenseitigen Ergänzung von Andersartigen die Basis für ein harmonisches Zusammenleben zu schaffen. Etwas, das man sich für die ganze Schweiz als Beispiel wünschen möchte: Das gilt sowohl für diejenigen Deutschschweizer, die aus der früheren bernischen Beherrschung und späteren Verdrängung durch die Westschweizer zurückgeblieben sind und denen man ihren Ursprung nur noch am Familiennamen ablesen kann, als auch für diejenigen, die aus allen Teilen unseres Landes zugewandert sind. Als Berufstätige, Rentner, Wissenschaftler, Forscher, Studenten oder nur vorübergehend als Ferien-, Weekendtouristen oder Pflege- und Erholungbedürftige.

Sprachen sind kein Problem

Das sonst gerne in der Schweiz hochgespielte *Sprachenproblem* stellt sich für die Bewohner des für die Expo2001 gewählten Standorts nicht. Einmal wegen der Weltoffenheit ihrer Bewohner, die im wesentlichen durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit (Gastgewerbe, Tourismus, Unterricht, Erziehung, Pflege oder Handel, Forschung, Uhrenindustrie, neuerdings Informatik und qualifizierte Dienstleistungen) bewirkt worden ist. Zudem zeichnet sich diese Region - und das erklärt ihre landschaftliche Schönheit und Lebensqualität - durch eine gesunde Mischung von Landwirtschaft, Weinbau, Industrie und Gewerbe, vornehmlich auch kleiner und mittlerer, aber durchaus moderner Betriebe aus; ihre Bewohner, von den Nachteilen grosser städtischer Agglomerationen verschont, sind trotz der Hektik und wachsenden Verbitterung unserer Zeit positive, fröhliche und freundliche Menschen geblieben. Die Mehrheit von ihnen, allein schon aus dem langen geschichtlichen Zusammenleben heraus (starrköpfige Ausnahmen gibt es natürlich überall) gibt sich alle Mühe, die Sprache des anderen zu verstehen, sich sogar in

auszudrücken, es aber selten tun muss, weil der Anderssprachige es gar nicht braucht. Etwa so wie es im *gut eidgenössischen Geist* in bundesweit beschickten Konferenzen zur Gepflogenheit geworden ist, dass jeder in seiner Sprache spricht und vom anderen erwartet wird, dass er ihn versteht. Mit Ausnahme der Deutschschweizer, die wie es einmal Bundesrat Ritschard formulierte, ihre erste Fremdsprache benützen müssen, nämlich das Schriftdeutsch. Sogar das ist weder in Biel noch in Murten, noch andernorts in der Dreiseen-Region notwendig, weil viele "Romands", besonders auch die Jungen, ganz gerne dem anderen auf gut "Schwytzerdütsch" die Meinung sagen. Typisches Beispiel unser waadtländische Bundesrat Delamuraz, der sich sogar in den verschiedenen Dialekten zurechtfindet oder unser Bundespräsident Villiger, dessen französisch sich offenbar kürzlich anlässlich seines Besuchs in Paris (so Mitterand) sehen lassen konnte. Vielleicht nicht in Genf, aber dort ist ja alles anders als in der übrigen Schweiz, wie das einmal öffentlich ein sehr angesehener Westschweizer festgestellt hatte. Ohnehin wird mehrheitlich von frankophoner Seite behauptet, dass das *beste Französisch in der Schweiz* nicht in Genf, sondern in *Neuchâtel* gesprochen und dort in den zahlreichen Schulen und Instituten, wo so viele junge Deutschschweizer ihr "Welschland"-Jahr verbringen, gelehrt wird. Offenbar weil Neuenburg als frühere preussische Kronkolonie durch seinen obersten Herrn, Friedrich dem Grossen, vom französisch seines Freundes Voltaires geprägt wurde.

Eine sehr attraktive Region

Als ganz besondere Attraktion der Dreiseen-Region wäre der Segel- und Wassersport zu erwähnen. Zusammen mit den schon heute bestehenden ausgezeichneten Bahnverbindungen (Intercity von Deutschland und Oesterreich via die ganze Deutschschweiz nach allen grossen Städten der Romandie, Frankreich und Italien, TGV-Anschluss

Vallorbe), einem gut ausgebauten Strassennetz und einem dank den bereits bestehenden Kanalverbindungen zwischen den drei Seen ausbaufähigen Schiffsverkehr präsentiert sich die Region als ein *äusserst besucherfreundlicher Veranstaltungsort*. Besonders wenn bis dahin das noch fehlende Autobahnstück zwischen Murten und Yverdon fertiggestellt, damit der durchgehende Anschluss an das schweizerische und damit das europäische Autobahnnetz sichergestellt wird.

Diese ideale Verkehrslage, die zum grossen Teil *noch erhaltene Landschaft* (Naturschutzgebiet am Neuenburgersee, Weinberge mit all ihrem Charme an allen drei Seen), alte historische, zum Teil noch sehr verträumte Städte und Dörfer mit zahllosen Kulturdenkmälern, die eleganten, gepflegten und gut erschlossenen Seeufer mit ihrem zum Teil vom Jura geprägten Hinterland haben besonders seit dem letzten Weltkrieg zu einem massiven Zustrom von Deutschschweizern als Weekend- , Ferien - aber auch Dauertouristen, meistens mit eigenen Villas, Häuschen und Campingcars geführt. Schon seit jeher haben die Stadtberner das gegenüberliegende Ufer von Murten als ihre "Riviera" betrachtet. Seit dem Aufschwung des Segelsports und anderen Wassersportarten kommt der Zuzug aus der ganzen Schweiz, vornehmlich aus den grossen deutschschweizerischen Städten wie Zürich, Basel, Bern, aber auch Olten, Grenchen und Biel und aus der Westschweiz, vor allem Fribourg, Lausanne, Genf. Auch dieser Tourismus wickelt sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, äusserst harmonisch ab.

Ein idealer Ort für die Expo

Wo kaum Probleme geschweige denn ernsthafte Konflikte zwischen Sprach-, Volks- und Religionsruppen, auch nicht mit den ansässigen Ausländern auszumachen sind, da findet sich vom ominösen, hauptsächlich von den

Medienleuten und gewissen Westschweizern herbeigere-
deten "Röschtigraben" keine Spur.

Sogar bei denjenigen, die bei sich zu Hause zu den
fanatischsten Partisanen dieses *hochpolarisierten Konflikts*
gehören. Wenn sie einmal hier sind, dann ist das alles
ganz anders - viel weniger dramatisch, hart und schroff.
Ist es die Sonne, obwohl es auch hier zur Freude der
sportlichen Segler und Surfer viel Regen, Wind und Sturm
gibt, der gute Wein, die gemächliche Art der eingesesse-
nen Romands oder der zugezogenen Deutschschweizer,
der Duft von Wasser und Seepflanzen: Der *ideale Ort für
das endgültige Begräbnis des "Röschtigrabens"*.

Wir haben so allen Grund uns dank der vom Bundesrat für
die Expo 2001 ausgewählten Drei-Seen-Region auf ein Fest
zu freuen, das wir im Sinne Gottfried Kellers "in Vaterlan-
des Saus Braus" feiern werden und wo echtes Schweizer-
tum neu erstehen kann- zusammen mit den Miteidgenos-
sen aus Genf, aus dem Tessin, aus Basel, aus Zürich, aus
Lausanne, aus Bern, aus allen Regionen unserer vierspra-
chigen Heimat.

Original Text vom 21. April mit redaktionellen Änderungen.
publiziert am 12.Mai 95 Schweizerzeit .

8. MAI 1995 : GEDANKEN ZUR MANGELNDEN ZIVILCOURAGE IM LETZTEN WELTKRIEG

Mit welchem Recht werfen Schweizer (z.B.Bundesrat Otto Stich in einer öffentlichen Ansprache anlässlich der Feiern zum Ende des Zweiten Weltkriegs) heute unserem Volk und seiner Regierung für ihr Verhalten während dem letzten Weltkrieg *mangelnde Zivilcourage* vor? Niemand stellt in Frage, dass wir uns der Nazi-Greueln erinnern müssen. Heute mehr denn je in Anbetracht des täglich, überall auf der Welt tausendfach wiederholten Hitler'schen Holocaust. Dies gesagt stellt sich ganz einfach die Frage wozu es heute mehr Zivilcourage braucht? Über die Schweizer von damals aus der sicheren Distanz von mehr als 50 Jahren, gewissermassen "weit entfernt vom Geschütz", herzufallen oder gegen eine rückblickende Verurteilung und eine *deplazierte Entschuldigung* aufzutreten.

Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass dies die genau gleiche Zivilcourage ist, die ich zum Beispiel 1935 als 14 Jähriger im deutschen Gymnasium in Sofia, Bulgarien, brauchte, aus Protest gegen die mir bereits damals aus Schweizerzeitungen, insbesondere der NZZ und dem Nebelpalter, bekannten Ausschreitungen der Nazis gegen die Juden, die Abschaffung der Demokratie und die Verfolgung politischer Gegner hatte ich das überall herumhängende Hitlerbild auf dem Kopf eines Hitlerjungen zerschlagen, darauf gespuckt und mit den Füßen zerstampft. *Zivilcourage*, um später dank der Solidarität meiner bulgarischen und jüdischen Schulkameraden in dieser Schule bis zur Matura 1939 auszuhalten. Sehr rasch kam ich dann wegen der ständig manifestierten Nazifeindlichkeit, Hilfe an jüdische Schulkameraden zur Flucht in die Schweiz und die Gründung einer Paneuropa-Zelle auf die *Schwarze Liste*. Wurde dann nach dem Einmarsch der Deutschen von der Polizei gesucht. 1941 gelangte ich über die vereiste

Donau, auf Irrwegen über Bukarest, Budapest und Wien in die Schweiz, um pünktlich zu meiner Rekrutenschule anzutreten.

Zivilcourage brauchte es auch anlässlich der *Grenzbe-
wachung* bei Jussy (Genf) mit meinen Kameraden jeden
Flüchtling, mehrheitlich Juden, schwarz über die Grenze
kommen zu lassen, ihnen einen sicheren Weg ins Landes-
innere zu zeigen.

Zivilcourage, die ich als Mitarbeiter des damaligen Rechts-
beraters des Bundesrates miterlebte, als den Amerikanern
klipp und klar gesagt wurde, dass die *Schweiz und
nicht sie bestimmen können wer als Kriegsverbrecher unser
Asylrecht* in Anspruch nehmen darf.

Zivilcourage schliesslich in Basel, als ich 1972 die *Muster-
messe internationalisierte* und der europäischen Uhren-
industrie trotz grösstem Widerstand von allen Seiten, be-
sonders der schweizerischen Uhrenindustrie, öffnete; fast
gleichzeitig China und den mittel- und osteuropäischen
Staaten eine Beteiligung und damit die von ihnen gesuch-
ten Annäherung an den Westen ermöglichte. Nach der
Normalisierung der Beziehungen des Westens mit diesen
Ländern ist dieser Schritt begrüsst und von meinen Nach-
folgern als ihr grosses Verdienst gefeiert worden; damals
führte das umgehend zu einer "Fiche" in Bern und nicht
wenig Anfeindungen in Basel, insbesondere der Basler
Handelskammer, wo ich immer wieder gefragt wurde, was
ich denn mit diesen Kommunisten zu tun habe. Gleich
wie heute, weil ich *für Europa* aber gegen einen Beitritt
zu dem *supranationalen Gebilde* in Brüssel - das ich aus
direkter Erfahrung als stellvertretender Missionschef der
Schweiz kannte - bin: Diesmal nicht als Kommunist, son-
dern als ein "populistischer Rechtsextremist" beschimpft
werde. Auch das zu ertragen braucht es eine gehörige
Portion Zivilcourage.

Das alles und noch viele andere Episoden sind vielleicht nur kleine und unbedeutende Handlungen. Auf jeden Fall kein Einzelfall: Vielmehr bezeichnend für das Verhalten *der grossen Mehrheit des Schweizervolkes*, heute genau so wie während dem letzten Krieg. Jedenfalls brauchte es mehr Zivilcourage als heute mit der Mehrheit der Meinungsmacher weltweit und in unserem Lande über tausende und abertausende von Schweizerinnen und Schweizern herzufallen. Schweizer die damals den Mut hatten, offen gegen Hitler und seine Nazis mit zahlreichen Hilfsaktionen, Demonstrationen und einem bewunderungswürdigen Widerstand unserer Medien aufzutreten.

Wenn auch in der Folge auf deutschen Druck hin die heute so scharf kritisierte, aber sehr *klug dosierte Zensur der Presse* eingeführt wurde, so wird dabei die damals, umzingelt von den Achsenmächten, von Regierung, Parlament und öffentlicher Meinung eingenommene Haltung vergessen, die eine "Gesinnungsneutralität" kategorisch ablehnte. Genau gleich wie die heute kritisierten wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen der Schweiz für die Achsenmächte, mit denen in harten und mutigen Verhandlungen, fast Gramm um Gramm und Rappen um Rappen, das errungen wurde, was wir zum Ueberleben unseres Landes brauchten. Gleich wie die, unserer Neutralität entsprechend, ebenso harten Verhandlungen mit dem, was die Alliierten für unsere Versorgung durchgelassen haben.

Es war dies die gleiche Zivilcourage, die es heute wiederum braucht, um *gegen den Beitritt der Schweiz zur EU* zu sein. Auf jeden Fall mehr als sich, neuerdings vom EU Block umzingelt, dafür auszusprechen. Oder die Frage anders gestellt: Wozu braucht es mehr Zivilcourage bzw. Mut, sich für den Alleingang zur Erhaltung von Unabhängigkeit und Fortbestand zu entscheiden oder für die Einordnung in eine Mehrheit, einander immer mehr

gleichgeschalteter europäischer Länder?

Obwohl ich nur einer von vielen bin, der die Nazizeit bei vollem Bewusstsein erlebt hat, möchte ich mich im Namen aller Zeitgenossen, die im letzten Weltkrieg die Neutralität und damit die Erhaltung der Schweiz als Zufluchtsort für tausende von Flüchtlingen ermöglicht und so auch für die Zukunft erhalten haben, gegen die *Verunglimpfung mangelnder Zivilcourage wehren*. Wir verlangen keine Entschuldigungen und keine Anerkennung, nur Verständnis für die Opfer und die Umsicht mit der unser Land durch die Wirren der dreissiger und vierziger Jahre gesteuert wurde.

Ohne das wären wir vielleicht heute nicht das Land, um das wir weltweit beneidet werden und bei dem mehr Ausländer eine neue Heimat suchen und finden (bald über 25% unserer Bevölkerung) als in irgendeinem anderen Land der Welt!

Original Text vom 9.Mai 95 mit redaktionellen Änderungen
publiziert am 19.Mai 95 Basellandschaftliche Zeitung